

UNIVERSITÄTSSTADT TÜBINGEN

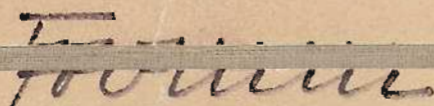
**BEBAUUNGSPLAN
-NÖRDL. DER KLEINEN
WILHELMSTRASSE-**

TÜBINGEN. DEN 20. JAN. 1978
BÜRGERMEISTERAMT

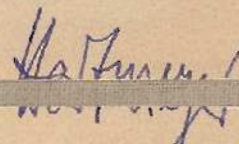
IV.


BÜRGERMEISTER

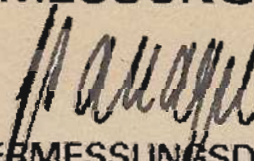
STADTPLANUNGSAMT


STADTBAUDIREKTOR

TIEFBAUAMT

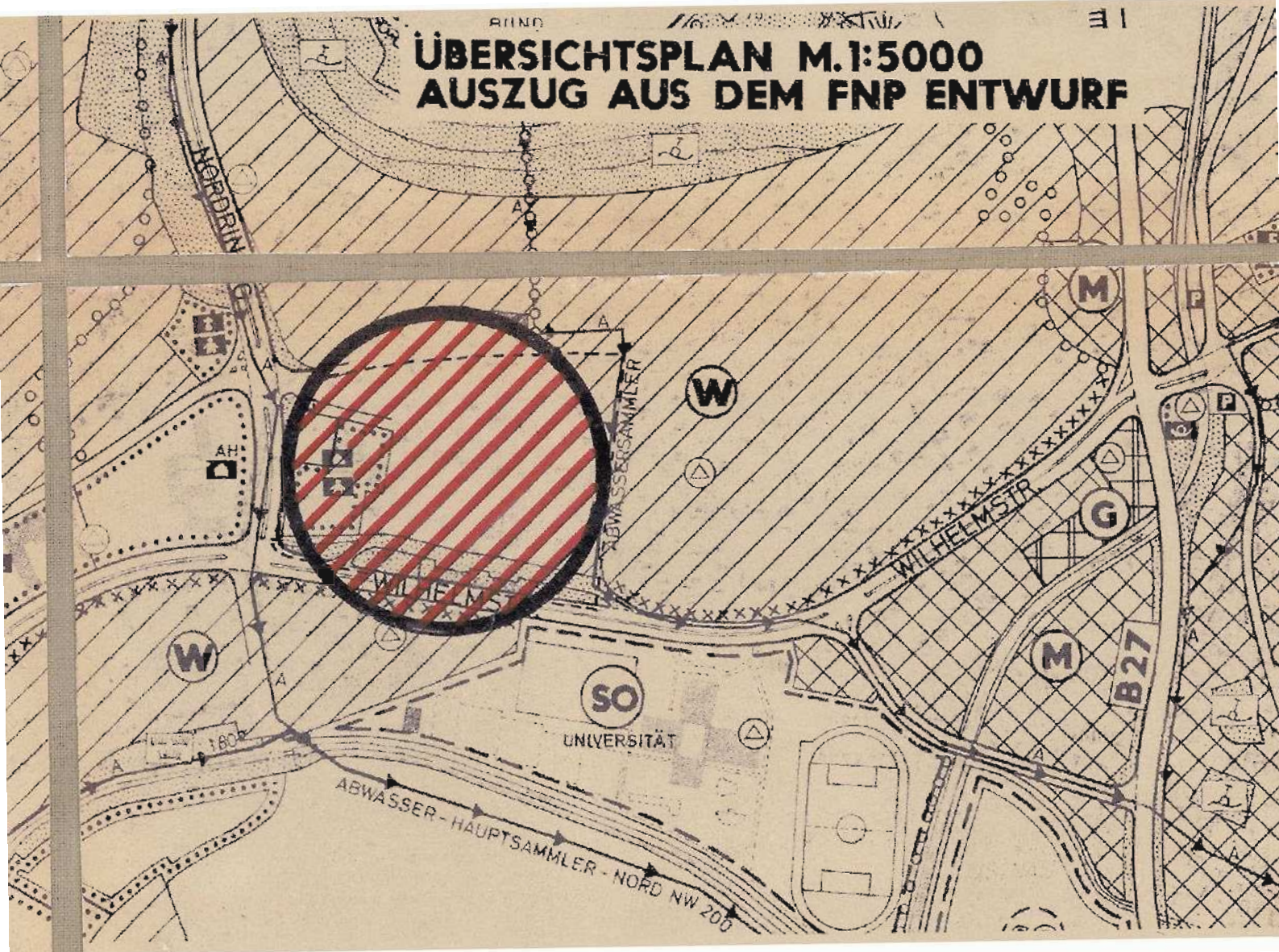

STADTBAUDIREKTOR

STADTMESSUNGSAMT


STADTVERMESSUNGSDIREKTOR

355

ÜBERSICHTSPLAN M.1:5000
AUSZUG AUS DEM FNP ENTWURF



TEXTLICHE FESTSETZUNGEN:

A. Planungsrechtliche Festsetzungen

nach § 9 Abs.1 Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung vom 18.8.1976 und §§ 1-26 der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 15.9.1977

1. Art und Maß der baulichen Nutzung

§ 9 Abs.1 Ziff.1 BBauG und §§ 1-21a BauNVO

Mit Festsetzung "+U" ist ein anrechenbares Untergeschoß im Sinne von § 2 Abs.6 und 8 Landesbauordnung (LBO) mit der Festsetzung "+D" ein anrechenbares Dachgeschoß im Sinne von § 2 Abs.4 und 8 LBO zulässig. Bei den Grundstücken Denzenbergstraße 10,12,14, sind im WA ausnahmsweise zulässige Anlagen nach § 4 (3) BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.

2. Stellplätze und Garagen

§ 9 Abs.1 Ziff.4 BBauG

Im rückwärtigen Gartenbereich der Grundstücke Wilhelmstraße Nr.103 bis Nr.113, Linsenbergsstraße Nr.40 bis Nr.52 und Denzenbergstraße Nr.16 bis Nr.30, sind Stellplätze und Garagen außerhalb der Baugrenzen unzulässig. Grundstückzufahrten sind, soweit angegeben, verbindlich.

3. Flächen mit besonderem Nutzungszweck

§ 9 Abs.1 Ziff.9 BBauG

Durch die besondere Lage des Grundstücks Wilhelmstraße Nr.101 inmitten umgebender Verkehrsflächen wird für dieses Grundstück der ausschließliche Nutzungszweck "Tankstelle" festgelegt.

4. Pflanzerhaltungsgebote

§ 9 Abs.1 Ziff.25 BBauG

Wegen der besonderen ökologischen Bedeutung ^{Sind} werden entsprechende Gebote zur Pflanzerhaltung festgesetzt. Abgängige Bäume sind durch Neupflanzungen zu ersetzen.

B. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

Nach § 111 Landesbauordnung von Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung vom 20.6.1972

1. Dachform, Dachneigung

siehe Planeintrag!

Die eingetragenen Dachformen und die Dachneigung sind für den Hauptbaukörper verbindlich.

VERFAHRENSVERMERKE:

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS:

Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde
am 6. JUNI 1977 gemäß
§ 2 Abs. (1) Bundesbaugesetz (BBauG) in
der Fassung vom 18.8.1976 (BGBl. S. 2221)
vom Gemeinderat der Universitätsstadt Tü-
bingen am
beschlossen und am 14. SEPT. 1977
öffentlich bekanntgemacht.

2. BÜRGERBETEILIGUNG

Die Bürgerbeteiligung erfolgte gem. § 2a
Abs. 1 BBauG am 22. SEPT. 1977
bzw. in der Zeit vom 23. SEPT. 1977
bis 7. OKT. 1977

3. AUSLEGUNGSBESCHLUSS:

Der Gemeinderat hat am 20. MÄRZ 1978
den Bebauungsplan als Entwurf und dessen
öffentliche Auslegung beschlossen.

4. ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG:

Der Bebauungsplanentwurf mit Begrün-
dung hat vom 24. APRIL 1978
bis 26. MAI 1978 in Tübingen
öffentlich ausgelegen.

5. SATZUNGSBESCHLUSS:

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10
BBauG vom Gemeinderat der Universi-
tätsstadt Tübingen am 23. OKT. 1978
als Satzung beschlossen.

6. GENEHMIGUNG:

Der Bebauungsplan wurde durch Erlaß
des Reg. Präs. Tübingen gemäß § 11
BBauG am 12. MÄRZ 1979
mit Erlaß Nr. 1008 / 79
genehmigt.

7. INKRAFTTRETEN:

Die Genehmigung des Bebauungsplanes
wurde am 28. APRIL 1979
gemäß § 12 BBauG ortsüblich bekannt
gemacht. Mit dieser Bekanntmachung

wurde der Bebauungsplan rechtsverbindlich.

VIOLETTE ÄNDERUNG LAUT GEMEINDERATSBESCHLUSS VOM 23. OKT. 1978

Forster
Stadtbaudirektor



GENEHMIGT MIT VERFÜGUNG
VOM 12.3.1979 NR. 1008179
REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN
TÜBINGEN, D N 12.3.1979

Forster

Tübinger Höhen

Bei den Höhenangaben im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans handelt es sich um Angaben im Tübinger Höhensystem.